

# Schlesische

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 20 Pf. — Durch Kurier oder durch die Post: monatlich 1,65 Mk.,  
vierteljährlich 4,95 Mk. frei ins Haus.

Postfachkonto, Nr. 28888  
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die Spaltenhöhe 10 Zeilen oder deren Raum 1,50 Mk., anderwärts 1,50 Mk.  
Stellen- und Wohnungsgesuche: 10 Zeilen oder deren Raum 0,50 Mk.  
Reklame: Die Reklamezeile dreispaltig oder deren Raum, 10 Zeilen 4,- Mk.

## Politische Uebersicht.

### Mehrgebiet.

Das Vorrücken der Reichswehr geschieht weiter in rücksichtsloser Weise.

Zusicherungen der Regierung werden von den Militärs nicht innegehalten.

### Der weiße Terror.

Die Reichswehr im Ruhrgebiet bemüht sich eifrig, in blutiger Weise zu demonstrieren, daß die Erklärungen der Regierung, jedes unnötige Blutvergießen zu vermeiden, für sie nichts als blauer Dunst sind. In Dortmund ist es am Sonnabend Abend zu einem furchtbaren Gemetzel gekommen. Die bewaffneten Arbeiter waren beseitigt, ihre Waffen abzuliefern. Etwa 1000 Gewehre waren bereits gesammelt und den Sammelstellen übergeben. Weitere Waffen waren im Anrollen, um sie an den für die Aufbewahrung bestimmten Orten unterzubringen. Es war vereinbart, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung aus den Kampfkompanien je 50 Mann ausgewählt, mit weißer Armbinde versehen und als Ordnungstruppe verwendet werden sollten. Die weißen Bänder wurden nicht geliefert. Wohl aber erschienen bewaffnete Leute mit roten Bändern, die die Waffen an sich zu reißen begannen. Das führte zu blutigen Zusammenstößen. Während der Kampf in den Straßen tobte, nahm auch die Reichswehr die Kämpfenden unter Feuer. Die Zahl der Gefallenen wird von Leuten, die den Kämpfen beiwohnten, auf 200 geschätzt. In den von der Reichswehr besetzten Gebieten wütet der weiße Terror. Verhaftungen und Erschießungen sind an der Tagesordnung.

### Wortbruch über Wortbruch.

Trotzdem in Schwerte die Waffenabgabe auf Grund des Bielefelder Abkommens durchgeführt war, ist dort Montag früh die Reichswehr einmarschiert. Nicht der geringste Grund dazu hat vorgelegen. In Hamm, Hamm, Osterfeld, Menden und Becklinghausen sind Arbeiter, ebenfalls unterbruch der Zusicherungen, erschossen worden. In Anna wurden Verhaftungen vorgenommen nach Listen, die von den Rechtsparteien angelegt waren. Obwohl die Regierung ausdrücklich erklärt hatte, es solle nur gegen solche Leute vorgegangen werden, die nach dem 2. April mittags 12 Uhr mit der Waffe kämpfend angetroffen werden, wird eifrig auch nach allen Leuten gefahndet, die vor dem 2. April an den Kämpfen teilgenommen haben. So werden die Versprechungen der Regierung gehalten.

### Lügenberichte.

In der bürgerlichen Presse wimmelt es von Lügenberichten über die Lage im Ruhrgebiet. Ein Kosaken nach dem anderen wird fabriziert. Um ihnen um so größere Wirkung zu geben, wird

behauptet, selbst die Unabhängigen hätten die Regierung um schnellste Entsendung von Reichswehrtrouppen angerufen. Auch wurde behauptet, unser Genosse Ernst aus Hagen habe erklärt, die Reichswehr müsse jetzt einrücken. Das ist glatter Schwindel. Auch sonst sind nirgends Unabhängige für den Einmarsch der Truppen eingetreten.

### Weiterer Vormarsch der Franzosen.

Die Franzosen haben noch Homburg, Hanau, Offenbach und Seeburg besetzt. Überall wurde der Belagerungszustand erklärt; Zeitungen dürfen nicht erscheinen.

Das alles sind die Antworten auf die militärische Politik der Reichsregierung, die die Bestimmungen über die militärische Besetzung des Ruhrgebiets (neutrale Zone) nicht beachtete, um die Arbeiter niederzuknüeten zu können.

### Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Berlin. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivillieferungen teilt mit: Die durch die Ereignisse der letzten Tage beeinträchtigten Verhandlungen mit dem Vertreter der Sowjetregierung über den gegenseitigen Gefangenenaustausch haben nunmehr zu folgendem Ergebnis geführt:

Die Verhandlungen über das zu schließende Abkommen sind im wesentlichen beendet, seine Ratifizierung steht unmittelbar bevor. Die deutsch-russische Kommission reist dieser Tage nach Kiew, um an Ort und Stelle mit der estnischen Regierung eine Vereinbarung über die sofortige Durchleitung der gegenseitigen Gefangenentransporte herbeizuführen. Mitte April wird ein Schiff mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken nach Kiew und zur Weiterleitung nach Moskau abgehen. Der zweite Transport mit deutschen Invaliden, Frauen und Kindern steht in Moskau abfahrtsbereit. Er wird sofort nach erfolgtem Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Polen und Rußland über polnisches Gebiet geleitet, desgleichen ein Gegezug mit russischen Invaliden.

### Verhandlungen zwischen Sowjet-Rußland und Finnland.

Einer Times-Nachricht aus Moskau zufolge hat der russische Sowjet-Kommissar für auswärtige Angelegenheiten die finnische Regierung aufgefordert, einen Vertreter nach Petersburg zu entsenden, um über die zwischen Rußland und Finnland bestehenden Streitigkeiten zu verhandeln.

### Amerika und Deutschland.

Der Ausschuß des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten hat mit 12 gegen 6 Stimmen beschlossen, dem Hause in zustimmendem Sinne über die Erschließung betreffend Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland zu berichten. Es werden Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland getroffen.

## Die Einheitsfront.

E. K. Sonnabend, den 3. April, tagte im „Ballhof“ die erste Vollversammlung Breslauer Arbeiterräte, in der alle Arbeiterparteien vertreten waren und die einen provisorischen Aktionsausschuß einsetzte, der die Aufgabe hat, für die weitere Erfassung der gesamten Breslauer Arbeiterschaft zu sorgen und die vorbereitenden Maßnahmen bis zur nächsten Vollversammlung zu treffen. (Siehe den Bericht über den Versammlungsverlauf. D. Red.)

Der erste Schritt zur Einigung des Proletariats ist damit getan. Aus der Einsicht in die Unzulänglichkeit der proletarischen Kampforganisationen ergab sich die Pflicht, augenblicklich zu einer Reorganisation der proletarischen Kräfte zu schreiten. Die — vielleicht nur noch Tage zählende — Ruhepause durfte nicht ungenutzt verstreichen. Die Lage im Ruhrrevier bedrohte das gesamte deutsche Proletariat. Jeden Augenblick konnten neue Kämpfe ausbrechen. Die leitenden Instanzen hatten aus den Erfahrungen der Ruhrwoche heraus den Wunsch, eine engere und einheitlichere Verbindung mit den Massen herzustellen, und darum hieß es so rasch als möglich handeln.

Die Zusammenfassung der proletarischen Kampfkräfte über den Rahmen der Parteien hinweg ist eine Vorbedingung

des Sieges. In den Augenblicken höchster Gefahr zeigte sich die Koalition der bedrohten Parteien ausreichend zu Abwehr, aber sobald eine Milderung der Gefahr, ein Ruhepauses eintritt, entstehen bei den ausgedehnten Reichsflächen Schwierigkeiten, die alle Verhandlungen niemals über den berühmten roten Punkt hinwegkommen lassen. Gibt man der Arbeiterschaft der Betriebe die Möglichkeit, durch selbstgewählte Räte mehr als bisher auf den Gang der politischen Aktionen einzuwirken, so wird diese Reibung bis auf unwesentliche Reste ausgeschaltet, denn glücklicherweise ist die Zerküftung der Massen nicht so arg wie die der Führung. Zudem spürt die Masse von der innerhalb der Parteinstanzen geleisteten Arbeit blutwenig. Die Verbindungen sind in allen Organisationen zu unvollkommen. Die Leitung ihrerseits ist infolge der ungeheuren Ueberlastung in solchen Situationen gar nicht in der Lage, die notwendige Führung zu behalten. In Einzelheiten beginnen sich dann bald Differenzen zu zeigen, die im Moment der Aktion lähmend wirken müssen. Andererseits wird seitens der Führung die vorhandene Aktionswilligkeit zu oft brach liegen gelassen.

Die einzelnen Betriebsfunktionäre der Parteien und Gewerkschaften arbeiten gerade in den bedrohlichsten

Situationen unabhängig voneinander — oft sogar gegeneinander —, und die für die soziale Revolution schlimmste Erscheinung wird begünstigt, nämlich die weitere Verwirrung des Proletariats.

Unter den gegebenen Verhältnissen ist ein Ausgleich durch Zusammenschluß der Parteien nicht zu erhoffen. Der politisch aktive und kampfbereite Teil der S. P. D. folgt jetzt zwar den Parolen der U. S. P. D., weil die Ereignisse der Ruhrwoche den Zusammenbruch der rechtssozialistischen Politik deutlich und leider auch blutig bewiesen und gleichzeitig die der Unabhängigen glänzend rechtfertigten, aber die Rechtspartei als solche wird allzusehr von ihrer ungeheuren Schicht von Indifferenten beherrscht, die weiches Wachs in den Händen selbst der kompromittiertesten Führer sind. Zudem ist sie noch immer Regierungspartei und damit selbst in ihrem „revolutionären“ Teil zu einigermaßen legaler Arbeit gezwungen, sogar dann, wenn es sich um Kapitalstöbe dieser Regierung handelt, die die Partei selbst restlos ablieht, so z. B. die seitens des Reichswehrministeriums geforderte Entwaflnung der Einwohnerschaft. Man muß zugeben, daß sich diese Partei in der schwierigsten Lage befindet: sie soll die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Regierung teils vor den Arbeitern vertreten, teils auch will sie sie von den Arbeitern abwenden — um nicht allen Einfluß zu verlieren. Ihre besten Kräfte hat sie nicht einmal zur Verfügung, denn die sitzen entweder in Amt und Würden oder sind Abgeordnete. Es ist eine Utopie, mit der zweiten und dritten Führergarnitur diese schon an sich unmögliche Leistung vollbringen zu wollen.

Die S. P. D. treibt überall dort, wo sie von Leuten geleitet wird, die zur Zentrale stehen (rechter Flügel) eine klare, selbständige Politik und es ist nicht zu erwarten, daß sie sich jemals aus anderen als tatsächlichen Gründen den Parolen der U. S. P. beugt. Die U. S. P. Breslau steht mit ganz geringen Ausnahmen auf dem linken Flügel der Partei und darum könnte sie leicht um die Zwiespältigkeiten, unter denen besonders die Berliner zu leiden haben, herumkommen. Es ist notwendig, daß sie ihre Kräfte krasser zusammenfaßt und auch nach außen kräftiger in Erscheinung tritt.

Aus allen Parteien ergehen an das Breslauer Proletariat Kampfforderungen. Die proletarische Armee in den Betrieben hört täglich drei bis fünf verschiedene Rufe erschallen und erkennt sehr langsam, wenn sie folgen soll. Ihre Entscheidung ist von einer organischen Ausreife abhängig — im Augenblick des notwendig gewordenen Kampfes aber lähmt diese unheilvolle Zerspaltung die Schlagkraft.

Darüber gilt es hinauszukommen. Ist durch die Vollversammlung der Arbeiterräte und deren Exekutivorgan die Bildung einer einheitlichen Parole ermöglicht, so kann diese (einzige!) Gefahr überwunden werden. Es ist natürlich nicht notwendig, sich gleich übertriebenen Hoffnungen hinzugeben. Man darf niemals vergessen, daß es sich auch bei diesem Versuch der Zusammenfassung aller Kräfte nur um die größtmögliche Begünstigung des organischen Ausreifes handeln kann. Ihre Lebensfähigkeit muß sich auch die Reorganisation durch Leistung erkämpfen und das weitestgehende Vertrauen der Massen wird ihr über die ersten Schwierigkeiten hinweghelfen, da sie ja eben von den Anhängern aller Parteien getragen wird und zudem auch die noch Indifferenten mitreißt. Der lebendige Zusammenhang mit den Massen macht die (sehr wesentliche) Tatsache wirksam, daß die Entfremdung in den Betrieben bei weitem nicht so stark fortgeschritten ist wie zwischen den Instanzen der einzelnen Parteien und daß darum über starrstünige Eigenbröckler leichter hinwegzukommen ist.

Die Entwicklung in Oesterreich zeigt den Vorteil der Arbeiterräte besonders eindringlich. Die Arbeit in den Räten hat dort fast überall und stets zu einer Verständigung zwischen den am weitesten zurückgebliebenen (rechten) und am weitesten vorgeführten (linken) Gruppen geführt. Die Arbeiterklasse blieb vor den schlimmsten inneren Erschütterungen oemahrt. Die Entwicklung wies eine große Stetigkeit auf, es konnte plamäßig und ohne scharfe Kämpfe gearbeitet werden.

Wir haben alle Kräfte daran zu setzen, um die sich anbietenden Möglichkeiten restlos auszunutzen. Und die Erkenntnis, daß das Breslauer Proletariat nachgereift ist durch die Erfahrungen der Ruhrwoche, ist uns nicht allein gekommen, sondern allen proletarischen Organisationen.

Deshalb sollte man es nun unterlassen, aus dem Drängen zum Beginn einen Vorwurf zu konstruieren. Die Situation, die diese ist, bedingt die Möglichkeit, daß man die



Tage später schon zu spät kommen konnte. Für den Fall des Wiederbeginns der Kämpfe mußte ein zentraler Sammelplatz schon geschaffen sein. Ueberdies verkennt man das Wesen einer revolutionären Kämpferorganisation, wenn man glaubt, es komme auf eine sorgfältig vorbereitete, organisierte gleich von Beginn an umfassende Vollversammlung an. Wenn die fortgeschrittenen Teile einen Anfang gemacht haben, werden die übrigen je nach dem Stadium ihrer Ausbreitung nachgezogen werden. Ein Proletariat, das auf alle Teile die weitestgehende Rücksicht nimmt, wie es am Sonnabend der Fall war, wird nur von direkter Völschlichkeit bekämpft werden und die, das glauben wir hoffen zu dürfen, ist wohl seit der Kappwoche aus den Arbeiterorganisationen gründlich verschwunden.

Die Arbeiterräte der Betriebe geben überhaupt erst die Möglichkeit einer wirklichen politischen Erziehung. In den Mitgliederversammlungen wird nur der politisch gleichgerichtete Teil des Proletariats erfasst, in den öffentlichen Volksversammlungen ist der unerzogene und darum indifferente Teil nur unvollkommen zu erfassen, die Versammlung in den Betrieben aber gibt die Möglichkeit, gerade zu den Massen zu sprechen, auf die es ankommt. In ihren Durchsetzungskämpfen werden die Arbeiterräte das Recht zur Abhaltung von Betriebsversammlungen zur Orientierung über die politische Lage zunächst erzwingen müssen.

Die Lüttwichei hat endlich die Erkenntnis vermittelt, daß der Arbeiterklasse in einem weit höherem Maße als bisher Einfluß auf die Regierung gegeben werden muß. Selbst den Demokraten ist diese Einsicht gekommen, weil sie darin den einzig wirksamen Schutz der friedliebenden Bevölkerung sehen. Es darf sich natürlich nur um die gesamte Arbeiterklasse handeln, die bisher durch die Parteien nicht vollkommen genug vertreten war und darum sich ihre eigene, alle Belegschaften umfassende Vertretung schaffen muß und wird. Niemand darf sich einbilden, daß jetzt, nachdem die Arbeiterklasse die Regierung eben vom eigentlich wohlverdienten Tode gerettet hat, wieder der frühere Zustand geschaffen werden kann, der Zustand der Bedrohung der Arbeiterklasse durch die offene Unterstützung der Reaktionskräfte seitens derselben Regierung. Das Proletariat verlangt Garantien gegen eine Wiederholung. Diese Garantien können nur in der Entwaffnung der Reaktion und der Bewaffnung der Betriebsbelegschaften bestehen. Sie können nur darin bestehen, daß man nicht mehr gegen die Interessen des Proletariats regiert, sondern ihm einen sicheren, schützenden Einfluß auf die Regierung gibt durch die Arbeiterräte.

Das von der Vollversammlung der Berliner Räte zu schaffende Exekutivorgan soll in Verbindung mit dem Volkswort treten. Der wundert keineswegs so tief im Vertrauen der Massen wie man gemeinhin anzunehmen scheint. Der Austritt der Kommunisten ist eine Erbsünde, die man in Rechnung zu setzen hat. Wir halten ihn für einen politischen Fehler, der sobald als möglich paratigert werden muß. Alle Kräfte sind jetzt auf die Entwaffnung der Reaktion einzustellen, und es ist sicher vom Uebel, wenn eine proletarische Kampforganisation ausbricht, bevor auch nur der allgeringste praktische Erfolg erzielt ist. Die Arbeit dieses Vollrats ist zweifellos mangelhaft, muß mangelhaft sein, solange er von Regierungsparteien beherrscht wird und solange diese sich nicht zu entschiedenem Handeln aufschwingen können, weil sie auf die Loyalität ihrer Maßnahmen den größten Wert legen.

Alle diese Koalitionsträte befinden sich in schwierigsten und unklaren Situationen. Sie tragen als Organe der Reichs-

regierung auf mit der Absicht, die Reaktion, die noch immer von der Reichsregierung geschützt wird, energisch zu bekämpfen. Es gibt dabei nur zwei Möglichkeiten: entweder sie treten auch offen gegen diese Regierung auf oder sie sinken herab zu einer unweiselichen Behörde, die „Material sammelt“, es sauber in Akten faßt, ohne jemals auf die Verwendung dieses Materials hoffen zu dürfen.

Die nächsten Tage dürfen nicht ungenützt verstreichen. Die Reaktion rüstet. Das Proletariat aber wird eingeschläfert durch den Glauben, seine Interessen könnten durch die bestehenden proletarischen Vertretungen restlos und einwandfrei wahrgenommen werden. Es muß sich in Zukunft reger um seine Angelegenheiten kümmern und zur Einigung der Arbeiterklasse durch die sofortige Wahl von Räten beitragen. Die Kräfte sind überall vorhanden; bringt sie ans Licht — in Wirksamkeit — zum Handeln!

**In der revolutionären Kriegsführung ist die Schnelligkeit des Handelns, bis ein unterschiedener Erfolg errungen ist, die erste Regel.**

Stark Marx.

## Gefahr.

(Schluß.)

D. Li. Ganz deutlich wird der unverändert anti-proletarische Charakter der Reichs- und Preußenpolitik bewiesen durch die Methoden, die von den „Staatslenkern“ gegen die sehr klaffenbewußten und heroischen Ruhrproletarier in Anwendung gebracht wurden. Bekanntlich gelang es den Ruheleuten, das dortige Gebiet in kurzer Zeit von den Kapp-Banden (Freikorps) gründlich zu säubern. Es wurde eine proletarische Machtposition geschaffen (Machtsystem), die unter den gegebenen Verhältnissen natürlich vorzugsweise militärischen Anstrich hatte. Kaum war der Kapp-Sput emigriert, da richtete sich auch schon die volle Kräftekonzentration der gesamten Bourgeoisie (mit rechtssozialistischen Anhängseln) gegen das „hochverräterische Aufstandsgebiet“. Die Journaille (von der kappistischen „Deutschen Tageszeitung“ bis zum demokratischen „Berliner Tageblatt“ und dem „Vorwärts“) berichtete prompt die obligaten Tormärchen; die Lüttwichei war nur noch ein winziger Traum, der eigentliche Feind hieß jetzt Ruhrproletariat, Proletariat überhaupt.

Und die gerechteste Regierung? Sie blieb (wie bei der Zusammenfassung des Reichskabinetts auch gar nicht anders möglich) weiter die Hüterin kapitalistisch-militärischer „Demokratie“ — und empfang von den „loyalen“ Generalen die Befehle. Truppentransporte über Truppentransporte (alle Kapp-Formationen dabei!) rollten nach dem Ruhrgebiet, Frankreich wurde himmelhoch gelitten, das dortige besetzte Gebiet als Kufmarschgebiet für die Reichswehr freigegeben und schließlich traten die Truppen unter Führung des Kapp-Generals Watter

den Vormarsch an. Der Marschbefehl ist von der Reichsregierung erteilt worden, derselben Regierung, die in den verschiedenen Verordnungen mit Arbeitervertretern erklärt hatte, keinen Einmarsch in das Industriegebiet vornehmen zu lassen. Zur Auffrischung des Gedächtnisses sei auf die betreffenden Vereinbarungen hingewiesen. Sie lauten:

1. Punkt 5 der von der Reichsregierung anerkannten Bedingungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Asa, des Deutschen Beamtenbundes, der Berliner Gewerkschaftskommission, der S. P. D. und der U. S. P. D. über den Abbruch des Generalstreiks im Reich:

„Auf die bewaffneten Arbeiter wird, insbesondere im Ruhrgebiet, kein Angriff unternommen, im Fall ihrerseits kein Angriff gemacht wird.“

Das Beste ist im wesentlichen nicht geschehen.

2. Der bekannte Bielefelder Waffenstillstandsvertrag, der ebenfalls den Truppeneinmarsch ausschaltet und der Regierung Verpflichtungen wirtschaftlicher und militärischer Natur (Sozialisierung, Republikanisierung des Meeres, Bildung von Arbeiterwehren) auferlegt.

3. Das hochwichtige Münster-Abkommen, dessen dritter Passus lautet:

3. Jeder Einmarsch von Regierungstruppen in das Industriegebiet ist zu verhindern. Einstellung der Vorwärtsbewegung der Reichswehrtruppen am 31. März abends.

Die von der Regierung geforderte Waffenabgabe ist von der Arbeiterschaft zum großen Teil erfüllt worden.

Nach berühmtem Muster sind also all die schönen Vereinbarungen von der Regierung zum wertlosen Fegelpapier degradiert worden. Der berühmteste Kapp-General Watter beherrscht in Gemeinschaft mit dem nicht minder berühmten Reichskommissar Severing die Situation voll und ganz. Wieder einmal ist über das blutgetränkte Ruhrgebiet das Reichswehr-Regiment, die Schreckensherrschaft der Militärs gekommen. Allerdings ist es richtig, daß auch unberufene Elemente (Zivilpersonen) dort ihr Unwesen trieben; mit diesen Schädlingen wäre aber die Arbeiterschaft selbst fertig geworden. Deswegen brauchte die Regierung keinen Vertragsbruch, der ihr nimmer vergessen bleibt, zu begehen. Und das deutsche Proletariat in seiner Gesamtheit? Wo blieb die Solidarität, die im Kampf gegen Kapp vorhanden war? Oder darf es dem Berliner, Münchener, Königsberger, Breslauer Arbeiter gleichgültig sein, was im Ruhrgebiet geschieht? Eiserner Klassen-solidarität ist die Voraussetzung des proletarischen Sieges!

Zusammenfassung: Aus der herrschenden kapitalistisch-militärischen Situation, genannt: vollendetste Demokratie, entwickelte sich naturgemäß der Pulsch der schwarzesten Reaktion, die Kappiade. Das Proletariat stand ohne weiteres geschlossen auf und erledigte die Kapp und Lüttwich, war aber bis jetzt nicht imstande, eine Systemänderung durchzubringen, so daß heute weiter kapitalistisch-militärische Politik getrieben wird. Es ist ohne weiteres klar, daß dieser Zustand für das Proletariat eine nicht ernst genug zu nehmende Gefahr bedeutet. Wann bricht der nächste, energichere Rechts-Pulsch los? Die Arbeiterschaft hüte sich ja

## Der Proletarierjunge.

**Aus: Die Abenteuer des kleinen Walther v. Multatuli.**

Der geniale Niederländer Multatuli war der erste proletarische Schriftsteller in Europa. Sein Name, heute nur im kleinen Kreise bekannt, wird in wenigen Jahrzehnten neben dem Tolstois genannt werden. Er wurde 1820 geboren und berühmt durch seinen Roman „Max Havelaar“ (Nestlé-Bibliothek), eine Inlagegeschichte gegen die niederländische Regierung von ungeheurer Wucht.

Die „Abenteuer des kleinen Walther“, ein Teil des siebenbändigen Werkes „Ideen“, wurden von 1862—1877 geschrieben.

„Händlerpiel, Händlerpiel!“ rief die ganze kleine Gemeinde.

„Gut denn, die Händler wurden gezogen und eingelöst. Es mußte geküßt werden, das verzieht sich von selbst. Käsef aufgeben.“ Es wurde nicht gerufen. . . natürlich. Wer es wollte, durfte es nicht sagen! Das ist bei Käsef ja die gewöhnliche Bedingung.

„Was soll der tun, dem dieses Pfand gehört?“  
„Auf ein Bein setzen!“  
„Nein, ein Strohhalm springen!“  
„A' Was ansetzen!“  
„Nein, ein Fabel . . . in die Luft“ oder so was!“  
„Ja, ja, ja!“  
Das Pfand war von Walther.  
„Ich kann keine Fabel“ sagte er bedrückt, „und Französisch verzieht ich auch nicht.“  
„Ich will dir helfen“, rief Emma . . . „le Pere, tu Pere.“  
„Oh, das ist keine Fabel . . . man ja, Walther!“

Es war ein richtiges Vergnügen für manchen in dem Kreise, daß Walther keine Fabel konnte und kein Französisch verstand. Wenn ein gebildeter Mensch wußte, wieviel Vergnügen er vielen macht mit einem Fabeln von Ungebildetheit, er wurde sich natürlich manchmal daran setzen und langer Menschenleben.

Doch Walther dachte nicht an das Pfand der anderen, das er auch nicht begriffen haben würde. Er wollte und war böse auf Kaiser Pennenip, der ihm kein Französisch und keine Fabeln gelernt hatte.

„Los man, Walther, los!“ plagten die Pfandbesitzer.  
„Es kommt kein Französisch zu sein, erzähl mir eine Fabel!“

„Aber ich weiß nicht, was 'ne Fabel ist.“  
„Na, das ist 'ne Geschichte mit Tieren.“  
„Ja . . . oder mit Bäumen: Es hant un jour dit au voleur. Siehst Du, es braucht gerade kein Tier drin zu kommen.“

„Ja, ja . . . eine Fabel ist eine Erzählung, was anderes nicht . . . es kann drin vorkommen, was will.“  
„Aber es muß sich reimen.“

Walther war im Begriff, sein Räuberlied anzufangen. Aber er bedachte sich, und zum Glück! Denn das wäre ein großer Skandal gewesen im Hause Havelmann, das so un-gemein anständig war.

„Nein, nein, es braucht sich auch nicht zu reimen“, rief ein anderer, der schon wieder weiter war als die übrigen, „die Kuh gibt Milch, Häschen sah ein Pfälzchen hängen, Prinz Hühel der Esse war ein großer Philosoph. Siehst du, Walther, es geht von selbst, man los . . . erzähl was, oder du kriegst dein Pfand nicht.“

Walther begann:  
„Es war einmal ein kleiner Junge gebohren, der nicht in den Himmel durfte . . .“

„Oh, he, das ist die Geschichte von der Peri! Was anderes!“

„Ich will es anders machen“, gelobte Walther vorlegen.  
„Nun denn, der kleine Junge durfte nicht in den Himmel, weil er . . . kein Französisch verstand, und auch weil er ungebildet war, er war ein großer Philosoph.“

„So . . .“  
„Ich glaube, daß Walther hier etwas über das unglückliche Kinderspielzeug sagen wollte. Aber er schloste es herunter aus Furcht, er möchte die Havelmanns durch eine schändliche Anspielung auf den Pfandbesitzerhandel kränken.“

„. . . weil er einmal gelacht hatte, beim Beten. Denn das ist gewiß: Junge, die lachen beim Beten, kommen nicht in den Himmel.“

„So . . .“  
„So . . .“  
„So . . .“

„Ja, die kommen nicht in den Himmel.“

„Nun hätte der kleine Junge eine Schwester gehabt, die ein Jahr vor ihm gebohren war. Er hatte viel von ihr gehalten, und als er tot war, suchte er gleich nach seiner Schwester. „Wer ist deine Schwester?“ fragte man ihn . . .“

„Wer frug das?“  
„Still, fall' ihm nicht in die Rede, laß Walther fortfahren.“

„Ich weiß nicht, wer das frug.“  
„. . . Aber der Junge sagte, daß seine Schwester ein blaues Mädchen trüge und Grünchen in den Backen hätte . . .“  
„Gerade wie Emma.“  
„Ja, gerade wie Emma.“

„. . . Man sagte ihm, daß im Himmel ein kleines Mädchen wäre, das genau so ausläge. Es wäre vor einem Jahre dahin gekommen und hätte gebeten, seinen Bruder hereinzulassen, der gewiß nach ihm fragen würde. Aber der Junge durfte nicht hinein . . . ich hab schon gesagt, warum.“

„Gatte sie denn immer ordentlich ihre Religion gekannt?“  
„Gewiß doch! Das ist selbstverständlich. Laß Walther fortfahren.“

„. . . Er war ganz verdrießlich, daß er seine kleine Schwester nicht wiedersehen sollte, und fand nun, daß das Sterben eigentlich nicht der Mühe wert gewesen wäre.“

„Oh, lassen Sie mich doch rein!“ bat er recht freundlich einen Herrn, der an der Türe stand . . .“

„An dem Tore“, verbeßerten viele zugleich, die sich vor den Kopf gestoßen fühlten durch die alltägliche Tür, doch nicht gerührt waren durch die Erhabenheit von Walthers Begriff über das Sterben.

„So ist es öfter.“  
„Gut, an dem Tore“, sagte der arme Junge, beschämt, daß er sich so gegen den Ton verständigt hatte.

„. . . Aber der Herr am Tore sagte: nein. Darauf lehrte der kleine Junge zurück nach der Erde.“

„Das geht nicht . . . einmal tot, bleibt tot“, riefen die Philosophen.

„Laß ihn doch fortfahren . . . es ist doch bloß 'ne Geschichte.“

„. . . Er lehrte zurück zur Erde und lernte Französisch. Als er danach wieder vor dem Tore stand, sagte er: „wei Mensch!“ Aber es half nichts, er durfte doch nicht hinein-gehen.“

„Das glaub' ich gern . . . er hätte sagen müssen: Pains, tu aime.“

„Davon weiß ich nichts“, sagte Walther trocken.  
„. . . Noch einmal ging er nach unten und lernte seine Religion, so daß er die „Fragen“ von hinter nach vorn a-f-



# Genossen! Rüstet zu den Parlamentswahlen!

glauben, daß nun alles bereits in bester Ordnung sei, nur weil die ewige Nationalversammlung wieder in Berlin tagen kann und die republikanischen Minister in der Wilhelmstraße in Stuttgart residieren. Die Reaktion rüstet unentwegt und so muß auch das Proletariat unablässig rüsten, wenn es nicht beim nächsten Sturmhauf der Nationalisten völlig unter die Räder kommen will.

Und nur die Arbeiterkräfte, die vom Vertrauen der Massen getragen werden, sind wirklich imstande, die Abwehr zu organisieren. So ist die Bildung der Arbeiterkräfte das dringendste Gebot der Stunde.

## Stellungnahme der Arbeiterorganisationen.

Die am Generalstreik beteiligten Arbeitnehmerorganisationen und die Vertreter der Parteileitungen der S. P. D. und der U. S. P. D. sind am 6. April neuerlich in eine Prüfung der politischen Lage eingetreten. Sie haben insbesondere die Berichte ihrer ins Ruhrgebiet entsandten Vertrauensmänner eingesehen und sind zu dem Ergebnis gelangt, von der Regierung mit größtem Nachdruck auf Grund der Vereinbarungen, zu denen sich die Regierung bei Einstellung des Generalstreiks verpflichtet hatte, die Erfüllung folgender Maßnahmen zu verlangen:

1. Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone. Die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegt den nach dem Vieldfelder Abkommen zu bildenden Ortswehren.
2. Kein Einmarsch der Reichswehr südlich der Ruhr.
3. In dem von der Reichswehr außerhalb der neutralen Zone besetzten Gebiet sind die Ortswehren sofort zu bilden, worauf der Rückzug der Reichswehr erfolgt.
4. Die Vorgänge in Wilhelmshaven, Altona usw. verlangen sofortige Abhilfe. Die verfassungstreuen Anteroffiziere und Mannschaften sind zu schützen; die abgesetzten unzuverlässigen Offiziere sind nicht wieder zu verwenden, sondern der Bekämpfung zuzuführen. Das Kabinett wird vom Reichswehrminister sachliche und persönliche Garantien gegen die Weiterverwendung unzuverlässiger Führer fordern. Die Beförderung von Missionen an konterrevolutionäre Formationen (Brigade Ehrhardt usw.) ist sofort einzustellen.
5. Auf die preussische Regierung wird eingewirkt, damit die Reorganisation der Sicherheitswehren durch Einstellung organisierter Arbeitnehmer schnellstens zur Durchführung gelangt.

Die Arbeitnehmerorganisationen sehen in der schleunigen Durchführung dieser Maßnahmen eine unbedingte Voraussetzung, um der starken Erregung in der Arbeiterschaft entgegenwirken zu können. Die Organisationen unterbreiten ihre Stellungnahme sofort der Reichsregierung und behalten sich weitere Schritte nach Entgegennahme der Regierungserklärung vor.

„Herr, komme eilig“ bis „mit Privilegium“. Und das tat er an dem Tore. Es half wieder nichts... er durfte noch nicht hineingehen.“

„Das will ich wohl glauben, rief ein Weiser. „Um in den Himmel zu kommen, muß man „angenommen“ sein vom Pastor. War er angenommen?“

„Ach nein,“ sagte Walthier, „darum war es gerade so schwierig.“

„Er probierte jedesmal was anderes, aber es glückte nicht. Er sagte, daß er mit seiner Schwester engagiert wäre...“

„Gerade wie Bethy“, rief Emma.

„Ja, gerade wie Bethy.“

„... daß er sie so lieb hätte, daß er sich so gern mit ihr verheiratet möchte... aber es half alles nichts, er durfte nicht in den Himmel. Schließlich wagte er nicht wiederzukommen aus Furcht, daß der Herr am Tore knurrig werden würde...“

„Nu, und wie ist es weiter?“

„Ich weiß... nicht... weiter,“ stammelte Walthier, „ich weiß nicht, was der Junge tun mußte, um in den Himmel zu kommen.“

Walthier mußte wohl weiter, konnte er auch nicht in Worte bringen, was er wußte. Dies zeigte sich eine Stunde später.

Beim Nachhausegehen, als die ganze Gesellschaft erschreckt auseinanderflog, um dem Fuhrwerke zu entweichen, das in toller Fahrt zum Tore hinauslarvierte, glitt Emma unterm Geländer der Brücke durch und fiel in die Stadtgracht. Man hörte einen Schrei aus... noch einen...

Walthier war dem Kinde nachgesprungen.

Wenn er in diesem Augenblick gestorben wäre, würde ihn sicher „der Herr an dem Tore“ nicht abgewiesen haben, weil er kein Französisch verstand oder nicht „angenommen“ war.

Doch als er naß und beschmudgt nach Hause gebracht wurde, sagte Fräulein Lays, daß man den Herrn nicht verurteilen dürfe, und das wäre es doch, wenn man ins Wasser spränge, ohne schwimmen zu können.

„Ich finde, daß dieser „Herr“ gerade ganz am Plage sein würde bei jemandem, der nicht schwimmen kann. Wer es wohl kann, hat mehr Aussicht, sich selbst zu helfen.“

Und Frau Peterßen klagte, daß „mit dem Jungen immer was wäre.“

„Nun, das finde ich auch.“

## Aus der Internationale.

### Das Ausland über die deutsche Regierungskunst.

Deutschland hat eine Koalitionsregierung. Eine Koalitionsregierung, die mindestens an Linksorientierung einer rein bürgerlichen Auffassung, wie sie im Auslande vertreten wird, nicht nachstehen sollte. Doch hören wir, was das führende Organ der bürgerlichen Demokraten in der Schweiz über das Verhalten der deutschen Regierung gegenüber den Arbeitern im Ruhrgebiet sagt. Nachdem das Blatt, die in Basel erscheinende „National-Zeitung“ festgestellt, daß es „bei einigem Weitblick, bei Ehrlichkeit und Menschlichkeit nicht so weit hätte kommen müssen, daß das letzte Wort den Maschinen-gewehren zufällt“, fährt es fort:

„Indem wieder die verhasste und durch den Putsch in ihrem wahren Geisteszustande festgelegte Reichswehr gegen das Proletariat aufgerufen wird, muß dessen Zorn noch mehr gereizt, die Klust zwischen Regierung und links noch weiter vertieft werden. Trotzdem wir soviel von der Linksorientierung hören, die nun in Deutschland platzgegriffen hat, warten wir bisher vergebens auf einen Beweis in Taten und nicht in Worten.“

Das muß sich die „sozialistische Regierung“ von einem gut bürgerlichen Blatte fagen lassen. Die deutsche Regierung aber schickt sich längst wieder an, sich in „Gärten“ gegen links zu üben (siehe Ruhrgebiet).

## Republik Deutschland

### Ein rechtssozialistischer Wahlausruf.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erließ zu Ostern einen Aufruf zu den bevorstehenden Reichstagswahlen, den zweifellos auch die rechtssozialistischen Arbeiter mit sehr gemischten Gefühlen studieren werden. Daß die rechtssozialistische Parteileitung die weiße Satbe der bisherigen Nationalversammlungsgesetzgebung aufrechtzuerhalten, sozialen und politischen Gebiete kräftig lobt, war zu erwarten; hat sie doch bei dieser Arbeit eine Hauptrolle gespielt. Ob die Befundigung darüber von der Arbeiterschaft geteilt wird, scheint uns aber recht zweifelhaft zu sein. Nicht der „unselige Bruderkrieg in der Arbeiterbewegung“ ist schuld daran, daß von Sozialismus in der Republik noch nichts zu spüren ist, sondern eben eine Politik, der dieser Bruderkrieg entspringt und die eben erst wieder durch den Rapp-Lüttwisch-Putsch die Bestätigung ihrer Unfähigkeit und Mangelhaftigkeit erhielt. Das ist es, was die Arbeiterschaft sieht und sie so ungeheuer mißtrauisch gemacht hat gegen eine Demokratie, die sie beutelt.

Wie ohnmächtig in Wahrheit die Regierungskoalition ist, an der zurzeit wieder die Rechtssozialisten hervorragend beteiligt sind, lehrt zur Evidenz das Beispiel des Ruhrgebietes. Die Reichsregierung hat ganz einfach vor dem Drängen der Militärs kapituliert und sie in das Kohlengebiet einmarschieren lassen.

Ordnung, Freiheit und Wohlfahrt verspricht der Aufruf, derweil keine Verfassung nach wie vor an einer Regierung Anteil nehmen, die durch ihre Arbeit mit dazu beitrug, die Kriegserbschaft, das Chaos, durch den Brudermord zu vervollständigen. Fürwahr, es gehört ein starker Glaube dazu, um von der Erringung des vorgerückten Zieles auf den Bahnen, denen die rechtssozialistische Führung seit einigen Jahren treu geblieben, überzeugt zu sein.

### Was notwendig ist.

In der „Welt am Montag“, Nummer vom 6. April, zieht Herr v. Gerlach das Fazit des Lüttwisch-Abenteuers unter der bezeichnenden Ueberschrift „Das Heer der Republik — der Herr der Republik“ und kommt zu dem Ergebnis: „Der Lüttwisch ist beseitigt, die Lüttwischer sind geblieben.“ Diesem Urteil, das durchaus dem unsrigen entspricht, fügt Gerlach eine Betrachtung über die notwendige Umgestaltung der bewaffneten Macht in Deutschland an. Er fordert einen republikanischen Offizier an Stelle des Reichswehrministers Geßler, der mit den Leuten „vom Bau“ ebensovienig wie Nozze fertig werden könne; Beseitigung des Generals von Seeckt; Einsetzung republikanisch gesinnter Offiziere in alle entscheidenden Stellen der Reichswehr. Die Zeitfreiwilligen als Hilfsstruppen der Reaktion sind zu beseitigen.

Die Einwohnerwehren sind umzugestalten in Arbeiterwehren. Die Arbeiter haben (mit Hilfe eines Teils des Bürgertums) die Republik gerettet. Ihnen in erster Linie ist vorläufig der Schutz der Republik zu übertragen. Nicht etwa durch wahlloses Austeilen von Waffen an sie. Das wäre eine ungeheure Gefahr, da verbrecherische Elemente am gierigsten nach Waffen zu sein pflegen. Nein, unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen ist eine beschränkte Zahl gedienter Arbeiter vorläufig zu bewaffnen. Sichere Republikaner aus bürgerlichen Kreisen sind ebenso wie die Arbeiter zu behandeln. Das Ganze muß der Verfügung städtischer oder staatlicher Behörden unterstehen.

Selbst ehrliche bürgerliche Demokraten vom Schlage des Herrn v. Gerlach fordern also jetzt schon, angesichts des erneuten Ueberwiegens militärischer Mächter im Reiche, die Bewaffnung der Arbeiter unter der Kontrolle ihrer Organisationen. Die Reichsregierung freilich macht keine Anstalten dazu, obwohl sie sie, um eine Beendigung des Generalstreiks zu erzielen, den Gewerkschaften und sozialistischen Parteien zugejagt hatte. Sie überlegt, wie sie sich drücken kann und überlegt so lange, bis Lüttwisch II. sie erneut zum Teufel jagt!

## Die Sammlung der Reaktion.

Wie planmäßig und intensiv die Reaktion gearbeitet hat (und natürlich noch arbeitet) beweist folgendes Inserat, das vor geraumer Zeit in der hysterisch-reaktionären „Deutschen Zeitung“ zu lesen war:

„Wer beteiligt sich an der Gründung eines Bundes, der alle kaiserstreuen Männer und Frauen vereinigen soll, welche gewillt sind, die Reaktion mit allen Mitteln herbeizuführen?“

Zustimmungserklärungen zu richten an Leutnant Heinrich, Emden, Wilhelmstraße 70.“  
Kommentar überflüssig!

## Spaltung der Kommunisten.

Wie das Wolffsche Bureau meldet, hat sich am 4. und 5. April 1920 die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands konstituiert, da die Zentrale des Spartakusbundes durch ihr Eintreten für Parlamentarismus, Gewerkschaften und gesetzliche Betriebsräte mehr und mehr ins reformistische Fahrwasser gelangt sei. Die K. A. P. D. stellt sich auf den Boden der 3. Internationale.

Es handelt sich hier um die Stellungnahme des Parteitages der Opposition in der K. P. D., der zu Ostern in Berlin stattfand.

## Von der Judenhege der Rapp und Konjorten.

Fast unmittelbar nach der Ueberrumpelung sah man in Groß-Berlin (ja, auch in der Provinz) an Mauern und Säulen, Bedürfnisanstalten, Laternensäulen Handzettel in allen Farben kleben mit der Schwindelmeldung, die angeblich „ein Arbeiter“ für viele verbreitete, von „der Rapp-Regierung“ seien den Juden zu Ostern 4 Millionen und 800 000 Pfund „feinstes Weizenmehl“ als „Geschenk“ (!) zugewiesen worden, damit sie daraus ihre Mazoth (Osterbrot) bereiten könnten und zwar sollte dieses Mehl den Juden „neben ihrem zuteilten Kartenquantum“ geschenkt worden sein, während „die Arbeiter“ hungern müßten! — Unmittelbar hinterher folgte die Lüge Nummer 2: Die Regierung Rapp-Lüttwisch habe den Juden jenes Mehl entzogen und werde es an die Arbeiter verteilen! So suchten sie ihre Judenhege mit heuchlerischer Arbeiterfreundlichkeit zu drapieren. Aber die Dummen, die bekenntlich nicht alle werden, fanden sie nur im eigenen Lager.

Die Judenhege ist übrigens ein besonderes Kapitel der „Rapp-Regierung“. Am ersten Tage ihrer Etablierung fand man an allen Ecken und Enden eifrige Pogromführer. Sie arbeiteten auch, da die Arbeiter nicht in den Bereichen weilt, nicht ganz ohne Erfolg. Am zweiten Tage allerdings, als die Arbeitermassen die Straßen Berlins belebten, wagten sie sich schon nicht mehr recht heraus. Sie waren abgeran. Der eigenjeste Wille, den bewaffneten Horden das Handwerk zu legen, beherrschte die Lage.

## Kapitalistische Wirtschaft.

### Wer verteuert die Fische?

Die Fischdampferreeber erhalten für ihre Fische nur die vom Wirtschaftlichen Verband der deutschen Hochseefischereien festgesetzten Preise, die für die Hauptverbrauchsfläche für das Pfund folgende sind:

Große Schellfische	175 Pf.	Scholle, groß	260 Pf.
Schellfisch II	140	Scholle, mittel	210
Schellfisch III	120	Scholle, klein	125
Bratfisch	105	Fotbarisch	120
Kablau, groß	145	Seelachs oder Kohlfisch	120
Kablau, mittel	120	Langfisch	115
Kablau, klein	110	Katfisch	125

Zu diesen Preisen dürfen die Groß- bzw. Verlandfischhändler einen Zuschlag von 35 Pf. für Verpackung, Umfrachte, Anlieferung zur Bahn usw. erheben. Es kommt also für den Verbraucher lediglich noch die Fracht zum Bestimmungsort und der Aufschlag des Kleinhändlers hinzu. Wenn nun im Binnenlande tatsächlich Preise von 4 Mark für Schellfisch oder Kablau gefordert werden, so sind diese Preise, wie sich jeder Verbraucher nach Vorzeichenem selbst ausrechnen kann, viel zu hoch. Die Reeder haben aber keine Möglichkeit, auf die Preise, die die Kleinhändler von dem Verbraucher fordern, einzuwirken. Sache der Preisprüfungsstellen und Behörden dürfte es sein, dafür zu sorgen, daß Kleinhändler keine unangemessen hohe Aufschläge beim Wiederverkauf nehmen.

## Aus der Provinz.

### Grünberg i. Schles.

Die am 31. März stattgefundene Mitglieder-Versammlung, die wieder sehr gut besucht war, nahm einen günstigen Verlauf. Da nun die Genossen der S. P. D. endlich immer mehr einsehen, wohn ihre Parteiführer das Staatsgeschick gelenkt haben, waren auch diesmal wieder viel Aufnahmen zu verzeichnen. Auch die zurückkehrenden Kriegseingesetzten treten zahlreich in die Reihen des revolutionären Proletariats. Kreisvorsitzender Genosse E. Schred gab einen sehr ausführlichen Bericht über die Kreiskonferenz am 28. März in Breslau. Vor allem wies er auf den Ernst der Stunde hin. In seiner letzten Ausführungen besprach er die Aufgaben des zu gründenden Volksgarates.

Gewählt wurden die Genossen E. Schred und Främter, und als Ersatzmänner Schachtmann, und Brandt. Eine Zusammenarbeit im Volksgarate mit den Genossen Sporn und Nowak von der S. P. D. wurde von dem Vorsitzenden mit der Begründung abgelehnt, daß ihnen das volle Vertrauen der Arbeiterschaft nicht mehr gebühre. Zuvor waren abgelehnt von den letzten Vorkommnissen.



die Verdienste des Genossen Sporn in seiner früheren Tätigkeit anerkannt und die Zusammenarbeit mit ihm beschlossen.  
 Von den neugewählten Genossen E. Schred und Zimler erwartete man Reinigung auch der öffentlichen Verwaltungen. Die revolutionäre Beamten- und Arbeiterschaft stehe in einmütiger Geschlossenheit hinter ihnen. — Eine einstimmig angenommene Resolution in diesem Sinne, wurde dem Vorstande der S. P. D. übermittelt.

## Kotales.

Breslau, den 8. April.

### Note Soldaten.

Gefesselt ist unser Krieg.  
 Gefesselt sind unsere Waffen.  
 Gerechzt sind unsere Kugeln.  
 Note Soldaten.  
 Auf die Barrikaden!

Gerottet steht der Feind in allen Grenzen.  
 Der weißen Soldatenhorden Helme glänzen.  
 Auf Tod und Leben gegenüber.  
 Note Soldaten.  
 Auf die Barrikaden!

In Kerkerketten liegen die Genossen.  
 Der Besten Blut ist mordend hingeflossen.  
 Wir sind die Mäher. Sind die Erben.  
 Note Soldaten.  
 Auf die Barrikaden!

Den Kopf. Das Herz. Nehmt unser Blut.  
 Reunt an, ihr Weisen, gegen unjern Opfermut.  
 Wir werden siegen oder sterben.  
 Note Soldaten.  
 Auf die Barrikaden!

Bei unsern Weibern: Brüder, Waffen!  
 Bei unsern Weibern: Waffen! Waffen!  
 Mit unsern Weibern decken wir die Freiheit.  
 Note Soldaten.  
 Auf die Barrikaden!

### Vollversammlung Breslauer Arbeiterräte.

Sonnabend, den 3. April, tagte im Ballhof die erste Vollversammlung Breslauer Arbeiterräte. Vertreten waren 26 Betriebe, darunter manche durch einen Vertreter, denen Vollmacht für die übrigen erteilt war, weil die Wahlen noch nicht durchgeführt waren.

In einem einleitenden Referat sprach Genosse E. Kunik (U. S. P.) über die Notwendigkeit der Erfassung und der politischen Aktivierung der Betriebe und über die Aufgabe der Räte (R. P. D.) über die politische Lage und die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Schaffung eines einheitlichen Zentralorgans der Breslauer Arbeiterschaft.

Die Ansprache ergab ein einheitliches Bild. Der Schreier nach Waffen wurde betont, die Einigung des proletariats als erste Aufgabe der Tätigkeit der Räte allgemein festgestellt, und ausnahmslos wurde von allen Teilnehmern der Einfluß aller Kräfte zur Errichtung der Räteorganisation zugesichert. Ein Redner der S. P. D. hatte Bedenken wegen

der Eile, mit der die Versammlung zustande kam und wünschte, die Wahl eines Exekutivorgans auf die nächste Vollversammlung verschoben zu sehen. Die Genossen George, Donner, Rohnstok, Lubinski und Sauer traten, nachdem die Wahl des Exekutivorgans, sondern um die eines provisorischen Arbeitsausschusses handeln sollte, für die sofortige Wahl ein. Für sie entschied die 121 köpfige Versammlung gegen drei Stimmen. Demgemäß wurde ein Arbeitsausschuß aus je einem Mitgliede der S. P. D., der U. S. P. D. und der R. P. D. gewählt. Die nächste Vollversammlung wird durch ihn einberufen werden.

**In den Fabriken, und Kontoren**  
 muß jeder Genosse neue Leser für die  
 „Schlesische Arbeit-Zeitung“ werben!

### Der Neuaufbau des Breslauer Schauspielwesens.

Der Magistrat hat an den Reichskanzler, sowie an die zuständigen Minister des Reiches und Preußens ein Gesuch gerichtet, ihm durch Gewährung einer entsprechenden staatlichen Beihilfe den Neuaufbau des Breslauer Schauspielwesens zu ermöglichen. Nach Darlegung der Verhältnisse, wie sie sich im Laufe der letzten Jahre an den Breslauer Schauspielbühnen im Gegensatz zu dem im Jahre 1913 in städtische Verwaltung übernommenen Stadttheater zum Schaden des Schauspiels, dieses wichtigsten Zweiges der Theaterkunst, entwickelt haben, führt der Magistrat in seiner Eingabe wörtlich aus:

„Nun bietet sich uns, durch den Ablauf des Vertrages des jetzigen Pächters am 1. September 1921, erwünschte Gelegenheit, hierin Wandel zu schaffen und den aus allen Schichten der Bevölkerung an uns herangetretenen Wünschen entsprechen zu können. Denn darüber herrscht in den kunstverständigen und kunstliebenden Kreisen unserer Stadt nur eine Meinung: daß es anders werden muß und nur besser werden kann, wenn das Schauspiel in ganz anderer Weise als bisher unserem Einflusse unterstellt und durch Vergabe öffentlicher Mittel von den finanziellen Interessen eines Einzelnen losgelöst wird. Schließen ist durch die Entwidlung der letzten Jahre in weitem Sinne als bisher Grenzland, Breslau eine Grenzstadt geworden. Hier scheidet sich deutsche und polnische Sprache, deutsche und polnische Kultur. Und wie es unabweisbar, von jedem Einflüchtigen erkannter Pflicht aller Deutschen ist, aufs engste zusammenzustehen und zusammenzuhalten in der Wahrung der heiligsten geistigen Güter, so ist es nicht minder die Pflicht gerade der Grenzbevölkerung, auch den Ausländern gegenüber den Nachweis zu erbringen, daß der Weltkrieg und selbst sein unglücklicher Ausgang es nicht vermocht haben, den deutschen Idealismus zu vernichten. Den Fremden, die unsere Stadt besuchen, wollen wir vor Augen führen, auf wela städtischer Höhe die deutsche Kunst, das deutsche Schauspiel steht.“

Es folgt, zum Beweise der Unmöglichkeit, das Schauspiel durch Vergabe städtischer Mittel allein in die Höhe

zu bringen, eine Uebersicht über die dem Stadttheater in den Jahren 1913 bis 1919 gewährten Zuschüsse, worauf die Eingabe mit dem Wunsche schließt, die erbetene Beihilfe möge mit umlichteter Beschleunigung bewilligt werden, da die Besitzer der Schauspielbühnen sich vorläufig nur bis zum 15. April d. J. verpflichtet haben, von dem Abschlusse eines neuen Pachtvertrages mit einem privaten Unternehmer abzusehen. — Wir meinen, daß eine völlige Gewährung der Theaterverhältnisse erst in der sozialistischen kommunistischen Gesellschaft eintreten kann.

### Ist das wahr?

Uns wurde folgendes Geschichtchen erzählt, das wert ist, der Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden. Ein hiesiger Händler erbat vom Magistrat eine Anzahl Zuckermarken, um sich Zucker zur Bonbonfabrikation verschaffen zu können. Der Magistrat bewilligte auch 100 Marken und ließ sich dafür ... 540 Mark zahlen. Die Marken wurden erst verabsichtigt, als das Geld bei der Reichsbank gezahlt wurde. — Wenn dieses Geschichtchen wahr ist, dann treibt also der Magistrat mit Marken Handel. Und soweit uns bekannt, besteht durchaus keine Erlaubnis zu diesem (ganz einträglichen) Geschäft. Wir verlangen vom Magistrat Klipp und Klare Bescheid, ob diese Markengeschichte auf Wahrheit beruht, oder ob sie nur einen Aprilscherz darstellt.

### Zur Beachtung!

Eine hiesige Zeitung meldet: Eine rätselhafte Flasche. Am 4. d. Mts. wurde in der Ober bei Bartheln eine Flasche mit einem Zettel folgenden Inhaltes angeschwemmt: „Giltse, Giltse! Der ehliche Finder der Flasche sei so gebeten und benachrichtigt meine Angehörigen in Breslau. Werde in der Nähe der Ober gefangen gehalten, ein gewisser Schottländer ist auch hier. Robert Lindner.“ Personen, die hierüber und besonders über Robert Lindner nähere Angaben machen können, werden ersucht, sich unersüßlich im Oberpräsidium Zimmer 66 zu melden. — Die Sache kommt uns etwas gemacht und unmagischemlich vor.

### Wichtig für Kartoffelsteindeder.

Da die Reichskartoffelstelle die Wochenverbrauchsmenge gekürzt hat, verlängert sich die Eindeckungszeit bis zum 1. August 1920. Am 4. April 1920, müssen für die Person noch 106 Pfund Bestand vorhanden sein, das sind 5 Pfund für den Kopf und die Woche. Ersatz für vorzeitigen Verbrauch kann nicht gewährt werden.

Die Stadtkartoffelstelle kann wegen der wieder knapp gewordenen Eingänge und weil wegen des Streiks der Gasarbeiter in Letztin die Auslastung bisher nicht eingegangen sind, in der letzten Woche nur 2 Pfund Brot Kartoffeln ausgeben, zumal wegen der Feiertage damit gerechnet werden muß, daß auch in den nächsten Tagen nur geringe Mengen Kartoffeln eingehen. Als Ersatz werden neben 1/2 Pfund Brot auf Kartoffelmarkte Nr. 24 auf die Lebensmittelkarte L 11 125 Gramm getrocknete rote Möhren für 40 Pfennige auszugeben. Es ist zu hoffen, daß die Kürzung nur vorübergehend ist.

Sarrasani Saisonkaput ist auf den 19. April angelegt. Ein außergewöhnlicher Anhang ist infolge dessen zu Sarrasani. Der Vorverkauf bis Sonntag einschließlich ist eröffnet.

**Achtung! Parteigenossen!**  
**Sonntag, den 11. April**  
**Versammlung im Schießwerder**

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubanski; für die Interate Fritz Ubrich; Druck: Buchdruckerei Pöhl & Danigel, sämtlich in Breslau.

### Stadttheater.

Donnerstag 7 Uhr:  
 Der Haffenschied.  
 Freitag 7 Uhr:  
 Der Sieg. Holländer.

### Jobe-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:  
 Ariel Becks.

### Thalia-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:  
 Von fünf bis sieben.

### Schauspielhaus.

Opernbühne, II. R. 2545  
 Donnerstag, Sonnabend,  
 Sonntag, Dienstag  
 7 1/2 Uhr:  
 Gasparone.  
 Freitag und Montag  
 7 1/2 Uhr:  
 Die Ginkobaren.  
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
 Hebet tanzt Walzer.  
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
 Der Rachebinder.

### Viktoria-Theater

Bischofstraße 4/5  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
 „Der selige  
 Balduin“.

### Figaro-Theater

Bischofstraße 4/5  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
 Die beiden  
 Blinden  
 Operette v. Offenbach  
 und  
 das neue viersellige  
 April-Programm.

### Werra

### SARRASANI

Täglich 7 1/2 Uhr  
 Sonntag, Mittwoch  
 nach 3 Uhr  
**Wild-West**  
 Nur bis 18. April in  
 Breslau.

### LIEBICH-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:  
 Gastspiel Toni Tetzler  
 in dem Sensationsstück  
**Die Herrin  
 ihrer Tati**  
 Hans Hauser  
 Humorist  
 Benny u. Stott  
 in ihren Tanzschöpfungen  
 L. in press. Aprilprogramm

### Zeitgarten

Ab 1. April  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Harry  
 Bienenstein**  
 der urkomische  
 m. seinem Ensemble  
 Dazu die glänzendsten  
 Spezialitäten.

### Bettmäßen

Befreiung sofort.  
 Alter und Geschlecht unabh.  
 Anfertigung unempfindl.  
**Wilberger & Co.**  
 Stuttgart A. 282.

### Häuten, Felle

jeder Art können  
 zu allerhöchsten  
 Tagespreisen  
**Osinaki u. Niblanz**  
 Hauptstadtstr. 51/52

### Kabarett

**Kakadu**  
 Nikolaistr. 65/68. Dir.: K. Wengrzik.  
 Wochentags: Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt.: Anf. 6 Uhr.

### Das glänzende April-Programm:

<b>Thea Luhn</b> Münchener Humoristin	<b>Sylvia</b> Orientalische Tänzerin
<b>Bruno Rysi</b> Telepathisch Phänomen	<b>Fritz Sernos</b> Rezitator
<b>Hansi Carusi</b> Japan. Singers a. Klarier	<b>Merry Leander</b> Die beliebte Tanzsoubrette
<b>Fritz Rügamer</b> Humorist	<b>Walter Nitsche</b> Chansonnier
<b>Otto Laube</b> , Kapellmeister.	

### Ober-Bayern

Gartenstr. 65  
 Täglich große  
**Horscher-  
 Konzerte**  
 30 Mann  
 Anfaag 6 Uhr

### Schöne helle

**Schlafzimmer**  
 Beschrieb:  
 1 Schrank, 1 Regal-  
 kommode mit Platte  
 und Spiegel, 2 Bett-  
 stellen mit Patent-  
 auflegematten und  
 Rissen, 2 Regal-  
 tüche mit Platte  
**Max Giesel**  
 Bräunerstr. 22.

### Achtung! Wo?

Wo soll man sein Geld  
 ausgeben? Wo soll man  
 seinen Geldbeutel  
 aufbewahren?  
 Bei **H. Kluge**,  
 Hauptstr. 12, am 1. Etg.

### Sonnabend, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine

**Sitzung des provisorischen Aktions-Ausschusses**  
 und der Vorstände der drei sozialistischen Parteien statt.  
 Die Vorstände der Parteien sind schriftlich ein-  
 geladen worden.

Der prov. Aktions-Ausschuß  
 Die U. S. P. D. Breslau.

Gesellschaft für einfache Wohnungs-Einrichtungen  
 der Stadt Breslau m. b. H.  
**Einfache Möbel**  
 nach künstlerischen Entwürfen zu zeit-  
 gemäß billigen Preisen gegen bar  
 = oder erleichterte Zahlungsweise =:  
**Albrechtstrasse Nr. 39**  
 Eingang Altbückerstr., I. Stock

### Kranke

Herzkranken-, Haut- und Ge-  
 heimnistranke behandelt  
 mit Erfolg. Viele freiwillige  
 Anerkennungen von ausge-  
 heilten Patienten.  
 Heilanstalt, Fr. Joschke,  
 Palaststr. 22, II. Tel. 016/1924.  
 9-1. 3-7, Sonntags 9-12.

### Jede Frau

verf. Verpackung ab. reinen  
 seifen 8 mal gebastert.  
**idealen  
 Frauenclub H**  
 30 Pf. Kleider belegen  
 Seifenbeleg  
**Frau C. Heßing**  
 Breslau 10, Kleiderstr. 13

### Zigarren

**Zigaretten  
 Tabak**  
 kaufen Sie am vorteilhaft.  
 im  
**Zigarrenhaus**  
 O. Warth, Reuschstr. 1  
 Eingang Herrensstr.

Täglich eintreffend  
**frische Fische**  
**Kabeljau**  
**Schellfisch**  
**Rotzungen**  
**Plötzen**  
 geräucherte Schotten  
 Lachsheringe  
 ff. Kieler Bücklinge  
 u. a. m.  
**Altonaer Fischhalle**  
 Hauptgeschäft: Herrenstr. 3/4  
 Zweigggeschäft: Friedr.-Wilh.-Str. 70

### Gewerkschaft der Syndikalisten

Kampfes-Organisation aller Hand-  
 und Kopfarbeiter Breslaus.  
 Sonnabend, den 10. April, abds. 7 Uhr  
**General-Versammlung**  
 im „Roten Löwen“, Kupferstraße  
 Aufnahme neuer Mitglieder. Alle 14 Tage ab-  
 abends von 7 1/2 Uhr ab Diskussions-Abend.